

Satzung des
„Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Diözesanverband Augsburg e.V.“
Version 2022

Präambel

Die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Diözesanverband Augsburg e.V. (im Folgenden „Diözesanverband“) ist eine selbstständige Vereinigung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Aus ihrem Selbstverständnis, lebendiger Teil der Kirche zu sein und in der Arbeiterbewegung zu wurzeln, ist die KAB politische Bewegung, Selbsthilfebewegung, Bildungs- und Aktionsbewegung, sowie internationale Bewegung. Sie setzt sich seit 1874 ein für Arbeit und Leben in Würde und Solidarität. Dahin entwickelt sie Zukunft und organisiert Veränderung. Gemeinsam setzen die Frauen und Männer der KAB christliche Werte in Taten um.

§ 1 Name und Sitz

1. Der Verband führt den Namen „Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Diözesanverband Augsburg“ und ist ein Verein von Mitgliedern der KAB Deutschlands e.V., die ihren Wohnsitz grundsätzlich im Gebiet der Diözese Augsburg haben.
2. Er ist als selbstständige, Körperschaftlich organisierte Gliederung der KAB Deutschlands e.V. in das Vereinsregister eingetragen und ist ein privater, nicht-rechtsfähiger kanonischer Verein von Gläubigen gemäß can. 321 CIC und altrechtlicher Verein gemäß can. 215 CIC.
3. Er hat seinen Sitz in Augsburg.

§ 2 Vereinszweck

1. Der Verband verfolgt eine sozial- und berufspolitische Zwecksetzung.
2. Zweck des Verbandes ist die Förderung der Erziehung, der Volks- und Berufsbildung.
3. Auf der Grundlage der Kath. Soziallehre stellt sich der Verband den sozialen und gesellschaftlichen Fragen in der Arbeitswelt.
Ziele und Aufgaben sind dabei besonders:
 - a. durch Lebenshilfe und Bildungsarbeit die Arbeitnehmerschaft für ihre gestaltende Aufgabe in Kirche, Staat und Gesellschaft zu befähigen,
 - b. Mitwirkung bei der Vertiefung der christlichen Lebenshaltung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen,
 - c. die Arbeitnehmerschaft zur gegenseitigen Hilfe und gemeinsamen Aktion aus christlicher Verantwortung anzuregen,
 - d. die Gesellschaft in ihrer gegenwärtigen und zukünftigen Entwicklung im nationalen und internationalen Bereich aus der Sicht der Arbeitnehmerschaft und von der Grundlage kirchlicher Sozialverkündigung aus unabhängig und überparteilich in einem stetigen Entwicklungsprozess mitzugestalten,
 - e. die Interessen der Arbeitnehmerschaft und ihrer Familien in der Öffentlichkeit zu vertreten,
 - f. auf eine gleichberechtigte Beteiligung von Frauen und Männern in Kirche und Gesellschaft hinzuwirken,
 - g. den Mitgliedern Rat, Hilfe und Vertretung in Streitfällen, die unmittelbar mit dem Dienst- oder Arbeitsverhältnis im Zusammenhang stehen, sowie in sozialen Angelegenheiten zu geben. Das Nähere regelt die Bundessatzung (§ 2 Abs 1.6) der KAB Deutschlands e.V.

§ 3 Aufgaben

1. Dieser Verbandszweck wird besonders verwirklicht durch:

- a. gesellschaftspolitische Seminare, Seminare für Frauen und Männer in Arbeitnehmervertretungen, für Arbeitnehmende, für Familien und Alleinerziehende, für Senioren,
 - b. religiöse Besinnungstage und Glaubensseminare, die Feier von Gottesdiensten sowie Angebote zur Förderung der eigenen Spiritualität,
 - c. Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
 - d. Stellungnahmen gegenüber Regierungen, Ministerien, Gewerkschaften, Kirchen, Verbänden und anderen gesellschaftlichen Institutionen,
 - e. Anträge und Initiativen gegenüber staatlichen Organen,
 - f. Herausgabe von Publikationen im Rahmen der Zielsetzung,
 - g. Förderung der internationalen Zusammenarbeit mit Arbeitnehmerorganisationen im Ausland,
 - h. Durchführung von Informations- und Bildungsveranstaltungen zur Vermittlung der Programmatik der KAB Deutschlands e.V. und der Stellungnahmen zu aktuellen und grundsätzlichen Fragen.
2. Für die Erfüllung der Satzungszwecke kann der Diözesanverband rechtlich selbstständige Einrichtungen unterhalten oder sich an rechtlich selbstständigen Einrichtungen und Organisationen beteiligen oder mit solchen kooperieren. Bei allen Einrichtungen und Beteiligungen ist eine angemessene Anbindung an die politischen Entscheidungen des Verbandes zu gewährleisten.

§ 4 Selbstlosigkeit

Der Verband ist selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel des Verbandes dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Verbandes. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Verbandes fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 5 Mitglieder

1. Mitglieder können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie deren Ehegatten werden, die sich zu den Zielen und Aufgaben der KAB bekennen.
2. Als Mitglieder können auch Personen beitreten, die den Bestrebungen der KAB ein besonderes Interesse entgegenbringen, soweit sie nicht nach Satz 1 aufgenommen werden können. Sie können Leistungen der KAB in Anspruch nehmen, soweit dies nach der Zwecksetzung der KAB zulässig ist.
3. Mitglieder der KAB Deutschlands e.V., die im Bereich der Diözese Augsburg ihren Wohnsitz haben, sind zugleich auch Mitglieder des Diözesanverbandes und seiner Untergliederungen (gestufte Mehrfachmitgliedschaft).
4. Associazioni Cristiane Lavoratori Italiani (ACLI) und die Christliche Arbeiterjugend Diözesanverband Augsburg (CAJ) sind korporative Mitglieder im KAB Diözesanverband Augsburg e.V.
5. Als weitere korporative Mitglieder können dem Verband solche Organisationen beitreten, die die Zielsetzungen der KAB verfolgen und das Grundsatzprogramm unterstützen. Die Form der Mitgliedschaft wird vertraglich geregelt.

§ 6 Aufnahme der Mitglieder

Über die Aufnahme der Mitglieder entscheidet auf schriftlichen Antrag die aufnehmende Gliederungsebene. Eine Ablehnung, die binnen einer Frist von vier Wochen nach Eingang des Aufnahmeantrags ausgesprochen werden muss, bedarf keiner Begründung.

§ 7 Rechte und Pflichten der Mitglieder

1. Die Mitglieder haben ein Recht auf:

- a. die Möglichkeit zur Mitgestaltung der KAB Deutschlands e.V. durch Mitwirkung sowie Mitbestimmung über Inhalte und Aktionen im Rahmen der verbandlichen Gremien und bei Wahlen;
 - b. Beratung, Hilfe und Vertretung in arbeits- und sozialrechtlichen Angelegenheiten nach Maßgabe der Satzung der KAB Deutschlands e.V. und der Rechtsschutzordnung;
 - c. Teilhabe an Bildungs- und Erholungseinrichtungen, die in gesonderter Trägerschaft eingerichtet sind, sowie an den Hilfs- und Unterstützungseinrichtungen der KAB Deutschlands e.V. im Rahmen der jeweiligen Richtlinien und gegebenen Möglichkeiten;
 - d. Erhalt der Verbandszeitschrift.
2. Die Mitglieder haben die Pflicht:
- a. Zweck- und Zielsetzung der KAB Deutschlands e.V. und ihre Beschlüsse mitzutragen;
 - b. den Beitrag gemäß der Beitragsordnung pünktlich zu entrichten;
 - c. Adressänderungen und andere Änderungen ihrer Lebenssituation, die die Mitgliedschaft betreffen, umgehend zu melden.

§ 8 Stimmrecht

Mitglieder üben ihre Rechte an der verbandlichen Willensbildung direkt in den Basisgruppen (s. dazu § 11) und durch stufenweise Delegation aus. Die Wahl der Delegierten regelt die Wahlordnung.

§ 9 Beendigung der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft wird beendet durch Austritt, Ausschluss, Tod oder – bei korporativen Mitgliedern – durch Beendigung des Vertragsverhältnisses oder deren Auflösung. Mit Beendigung der Mitgliedschaft endet gleichzeitig ein etwaiges Amt als Vorstand, Mitglied eines Leitungsteams und jede andere innerverbandliche Funktion.

1. Der *Austritt* von Mitgliedern ist schriftlich gegenüber der Basisgruppe oder dem Diözesanverband mit einer Frist von drei Monaten zum Ende des Kalenderjahres zu erklären. Damit enden auch alle Mitgliedschaften in der KAB Deutschlands e.V., sowie den diözesanen Einrichtungen und Untergliederungen. Die Auflösung einer Basisgruppe oder der Wechsel von einer Gruppe in eine andere oder der Wechsel von einem Diözesanverband in einen anderen berührt die Mitgliedschaft in der KAB Deutschlands e.V. nicht.
2. Ein Mitglied kann, wenn es grob oder wiederholt gegen die soziale und berufspolitische Zwecksetzung des Verbandes oder gegen seine Beschlüsse verstoßen hat, auf Antrag der Leitung der Basisgruppe, des Kreisverbandes oder des Diözesanverbandes mit sofortiger Wirkung durch den Diözesanvorstand *ausgeschlossen* werden. Für die Beilegung von innerverbandlichen Streitigkeiten ist die Schlichtungsstelle der KAB Deutschlands e.V. zuständig. Vor Beschreitung des Rechtsweges muss die Schlichtungsstelle eingeschaltet werden. Sie entscheidet verbindlich. Das Nähere regelt die Schlichtungsordnung.
3. Der Austritt eines korporativen Mitgliedes erfolgt schriftlich gegenüber dem Diözesanvorstand unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende des Kalenderjahres.

§ 10 Beitrag

Erhebung und Höhe der Beiträge werden in einer Beitragsordnung geregelt, die vom Diözesanausschuss beschlossen wird.

§11 Gliederung

Der Diözesanverband gliedert sich in Basisgruppen, Orts- und Kreisverbände.

1. Basisgruppen

- a) Die KAB-Basisgruppen gehören dem Diözesanverband als selbstständige Untergliederungen auf örtlicher Ebene an.
 - b) Sie arbeiten arbeitsteilig und verbindlich im Rahmen der getroffenen Leitentscheidungen verbandlicher Gremien an den Aktionen und Projekten des Verbandes mit.
 - c) Diese Untergliederungen bleiben Mitglieder der nächsthöheren Ebene.
2. Ortsverbände sind Basisgruppen, die selbstständige, körperschaftlich organisierte Personenvereinigungen sind und sich in der Regel als nichtrechtsfähige Vereine organisieren. Sie haben das Recht, sich als eingetragene Vereine zu konstituieren. Für die Vereine liegt eine Mustersatzung vor. Von dieser Mustersatzung darf nur mit Zustimmung durch den Diözesanvorstand abgewichen werden.
3. Kreisverbände
- a. Die KAB-Kreisverbände gehören der KAB als selbstständige Vereinigung von Basisgruppen an. Sie werden auf der Basis regionaler Gegebenheiten gebildet und auf Antrag der Basisgruppen vom Diözesanausschuss beschlossen.
 - b. Sie arbeiten arbeitsteilig und verbindlich im Rahmen der getroffenen Leitentscheidungen der verbandlichen Gremien an den Aktionen und Projekten des Verbandes mit. Sie können auch eigene Aktionen und Projekte organisieren, die den Zielen der KAB Deutschlands e.V. entsprechen.
 - c. Die KAB-Kreisverbände sind selbstständige, körperschaftlich organisierte Personenvereinigungen, die sich in der Regel als nicht-rechtsfähige Vereine organisieren. Sie können sich als eingetragene Vereine konstituieren. Deren Satzung darf nicht im Widerspruch zu dieser Satzung stehen. Sie bedarf zu ihrer Gültigkeit der Bestätigung durch den Diözesanvorstand.

Ortsverband

§ 12 Mitglieder und Organe

1. Der Ortsverband besteht in der Regel aus den in einer kirchlichen oder politischen Gemeinde wohnenden Mitgliedern. Die Einteilung der Ortsverbände nimmt der Kreisvorstand im Benehmen mit den betroffenen Mitgliedern vor. Der Ortsverband führt eine eigene Mitgliederliste.
2. Organe des Ortsverbandes sind:
 - die Jahreshauptversammlung,
 - der Ortsverbandsausschuss bzw. das Leitungsteam,
 - der Ortsvorstand bzw. das Leitungsteam.
3. Einladungen zu den Sitzungen der Organe erfolgen in Textform. Jede ordnungsgemäß einberufene Sitzung ist beschlussfähig.
Die Versammlungen von Organen finden in der Regel mit persönlicher Anwesenheit statt. Sie können ganz oder teilweise virtuell (d. h. mit Kommunikationsmedien, wie z. B. Videokonferenz, Telefonkonferenz o. ä.) durchgeführt werden. Die Form der Versammlung und die Zugangswege bei virtuellen Sitzungen sind mit der Einladung mitzuteilen.
4. Beschlüsse können mit geeigneten Instrumenten auch auf digitalem Weg gefasst werden.
5. Zudem können Beschlüsse auch außerhalb einer Versammlung gefasst werden, wenn sich mindestens 2/3 der stimmberechtigten Mitglieder an der Abstimmung in analoger oder digitaler Textform bis zum gesetzten Termin beteiligen (Abstimmung in Textform).

§ 13 Die Jahreshauptversammlung

1. Die Mitglieder des Ortsverbandes und je ein Vertreter oder eine Vertreterin der korporativen Mitglieder, versammeln sich einmal jährlich zur Jahreshauptversammlung. Sie wird vom Ortsvorstand unter Angabe der Tagesordnung zwei Wochen vor dem Termin schriftlich einberufen. Die Einberufung ist rechtzeitig erfolgt, wenn die Einberufung mit Tagesordnung mindestens zwei Wochen vor dem Tag der Versammlung den Mitgliedern bekannt gemacht worden ist. Eine außerordentliche Jahreshauptversammlung muss innerhalb von zwei Wochen

einberufen werden, wenn mindestens ein Drittel der Ortsverbandsmitglieder nach § 5, Absatz 1 und 2 oder der Kreisvorstand dies unter Angabe der Gründe beim Ortsvorstand schriftlich beantragt.

Die Kreisverbandsleitung ist einzuladen.

2. Die Aufgaben der Jahreshauptversammlung sind:
 - a. die Entgegennahme des Tätigkeits-, Kassen- und Revisionsberichtes und die Entlastung der Kassiererin, bzw. des Kassiers und des Ortsvorstandes bzw. des Leitungsteams,
 - b. die Wahl des Ortsvorstandes; der Ortspräses wird nach erfolgter erster Wahl vom Ortsordinarius nach can. 324 § 2 CIC bestätigt oder
 - c. die Beschlussfassung über die Einrichtung eines Leitungsteams, die Zahl seiner Mitglieder und die Wahl des Leitungsteams,
 - d. die Wahl des Ortsverbandsausschusses,
 - e. die Wahl von zwei Kassenrevisoren, die nicht Mitglied des Leitungsgremiums sein dürfen,
 - f. die Wahl von Delegierten zum Kreisverbandstag nach der Wahlordnung des Diözesanverbandes,
 - g. die Beschlussfassung über Anträge und Stellungnahmen,
 - h. die Beschlussfassung über die Auflösung des Ortsverbandes.
3. Anträge zur Jahreshauptversammlung können stellen:
 - a. der Ortsverbandsausschuss,
 - b. der Ortsvorstand, bzw. das Leitungsteam,
 - c. jedes Mitglied,
 - d. korporative Mitglieder.

§ 14 Der Ortsverbandsausschuss

1. Der Ortsverbandsausschuss besteht aus:
 - a. dem Ortsvorstand,
 - b. der Kassiererin bzw. dem Kassierer,
 - c. der Schriftführerin bzw. dem Schriftführer,
 - d. Vertretern bzw. Vertreterinnen von Arbeitsgemeinschaften, Arbeits- und Aktionskreisen, die auf Vorschlag dieser Gruppen gewählt werden (z. B. Senioren, Familien, Aktionskreise),
 - e. Personen, die für bestimmte Aufgaben benannt sind,
 - f. dem benannten Vertreter oder der benannten Vertreterin der CAJ (Entsendung durch CAJ Ortsebene),
 - g. dem benannten Vertreter oder der benannten Vertreterin der ACLI.
2. Die Mitglieder des Ortsverbandsausschusses werden in der Regel auf die Dauer von vier Jahren gewählt. Während der Wahlperiode erfolgen notwendige Nachwahlen für den Rest der Amtszeit durch den Ausschuss. Die Mitglieder des Ortsverbandsausschusses bleiben bis zur Neuwahl im Amt. Es können nur Mitglieder nach § 5 Absatz 1 und 2 gewählt werden.
3. Dem Ortsverbandsausschuss obliegt
 - a. die Beschlussfassung über alle Angelegenheiten, die nach dieser Satzung nicht anderen Organen zugewiesen sind,
 - b. die Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften, Arbeits- und Aktionskreisen, sowie die Benennung von Personen für bestimmte Aufgaben,
 - c. die Stellungnahme zu aktuellen Fragen.
4. Er soll mindestens dreimal jährlich einberufen werden. Die Einberufung der Sitzungen erfolgt mit einer Frist von sieben Tagen unter Angabe der Tagesordnung durch den Ortsvorstand. Die Einberufung ist rechtzeitig erfolgt, wenn die Einberufung mit Tagesordnung mindestens sieben Tage vor dem Tag der Versammlung an die Mitglieder abgesandt worden ist.
5. Eine Sitzung muss innerhalb von 14 Tagen einberufen werden, wenn ein Drittel der Mitglieder des Ortsverbandsausschusses dies unter Angabe von Gründen schriftlich beim Ortsvorstand bzw. dem Leitungsteam beantragt.

§ 15 Der Ortsvorstand

1. Der Ortsvorstand besteht aus:
 - a. der Vorsitzenden,
 - b. dem Vorsitzenden,
 - c. deren Stellvertretern,
 - d. dem Präses oder der geistlichen Begleiterin, bzw. dem geistlichen Begleiter.
2. Der Ortsvorstand ist bevollmächtigt, den Ortsverband außergerichtlich zu vertreten, soweit es sich um Rechtsgeschäfte auf örtlicher Ebene handelt.

§ 16 Das Leitungsteam

1. Die Aufgaben des Ortsverbandsausschusses und des Ortsvorstandes können auch von einem Leitungsteam, bestehend aus mindestens drei und höchstens acht Mitgliedern, wahrgenommen werden. Das Leitungsteam wird in der Regel auf die Dauer von vier Jahren gewählt. Während der Wahlperiode erfolgen notwendige Nachwahlen für den Rest der Amtszeit durch den Ortsverbandsausschuss. Die Mitglieder des Ortsvorstandes bleiben bis zur Neuwahl im Amt.
2. Das Leitungsteam beschließt die Verteilung der Aufgaben, insbesondere die Kassenführung und die außergerichtliche Vertretung, auf seine Mitglieder.
3. Zwei Mitglieder des Leitungsteams sind gemeinsam bevollmächtigt, den Ortsverband außergerichtlich zu vertreten, soweit es sich um Rechtsgeschäfte auf örtlicher Ebene handelt. Dem zuständigen Kassier kann eine Einzelvollmacht für das Konto des Ortsverbandes übertragen werden.

§ 17 Auflösung

1. Bei einer geplanten Auflösung eines Ortsverbandes muss mindestens drei Monate vorher dem Diözesanvorstand schriftlich informiert werden. Der Kreisvorstand ist zu hören.
2. Vor einer Auflösung ist zwingend zu prüfen, ob eine Umwidmung des Ortsverbandes in eine Orts- oder Kreisgruppe möglich ist. Eine Auflösung des Ortsverbandes ist nur mit Zustimmung des Diözesanvorstandes möglich.
3. Über die Auflösung entscheidet die Jahreshauptversammlung, bei der mindestens drei Viertel der Ortsverbandsmitglieder nach § 5 Absatz 1 und 2 anwesend sein müssen. Wird diese Zahl nicht erreicht, muss innerhalb von vier Wochen eine weitere Jahreshauptversammlung einberufen werden. Diese ist ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig.
4. Die Auflösung muss in beiden Fällen mit einer Mehrheit von vier Fünfteln der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen werden. Bei Auflösung des Ortsverbandes fällt das vorhandene Vermögen der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Diözesanverband Augsburg e.V. zu.

§ 18 Umwidmung

Sollte in einem bestehenden Ortsverband kein Vorstand mehr gewählt werden können, ist mit dem Kreisverbandsvorstand über eine Fortführung der Arbeit in anderer Form zu beraten.

Kreisverband

§ 19 Mitglieder und Organe

1. Die Kreisverbände bestehen in der Regel aus den Ortsverbänden eines oder mehrerer Landkreise oder einer kreisfreien Stadt. Die Abgrenzungen im Einzelnen nimmt der Diözesanvorstand im Benehmen mit den betroffenen Ortsverbänden vor.
2. Organe des Kreisverbandes sind:
 - a. der Kreisverbandstag,
 - b. der Kreisverbandsausschuss,
 - c. der Kreisvorstand.
3. Einladungen zu den Sitzungen der Organe erfolgen in Textform durch einfachen Brief oder elektronisch per E-Mail an die letzte bekannte Anschrift oder E-Mail-Adresse. Jede ordnungsgemäß einberufene Versammlung ist beschlussfähig. Die Versammlungen von Organen finden in der Regel mit persönlicher Anwesenheit statt. Sie können ganz oder teilweise virtuell (d. h. mit

Kommunikationsmedien, wie z. B. Videokonferenz, Telefonkonferenz o. ä.) durchgeführt werden. Die Form der Versammlung und die Zugangswege bei virtuellen Sitzungen sind mit der Einladung mitzuteilen. Beschlüsse können mit geeigneten Instrumenten auch auf digitalem Weg gefasst werden.

4. Zudem können Beschlüsse auch außerhalb einer Versammlung gefasst werden, wenn sich mindestens zwei Drittel der stimmberechtigten Mitglieder an der Abstimmung in analoger oder digitaler Textform bis zum gesetzten Termin beteiligen (Abstimmung in Textform).

§ 20 Der Kreisverbandstag

1. Der Kreisverbandstag ist das oberste Organ des Kreisverbandes. Er besteht aus dem Kreisverbandsausschuss und den Delegierten der Ortsverbände, der ACLI und der CAJ.

Die Anzahl der Delegierten legt die Wahlordnung fest. Die Mitgliedschaft der weiteren korporativen Mitglieder wird vertraglich geregelt.

2. Die Aufgaben des Kreisverbandstages sind:
 - a. die Entgegennahme des Rechenschafts-, Kassen- und Revisionsberichtes sowie die Entlastung der Kassiererin bzw. des Kassiers und der Leitung des Kreisverbandes,
 - b. die Wahl des Kreisvorstandes mit Ausnahme des Kreissekretärs/der Kreissekretärin; der Kreispräses bzw. der/die geistliche Begleiter/in wird nach erfolgter erster Wahl vom Ortsordinarius nach can. 324 § 2 CIC bestätigt.
 - c. die Wahl von Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern mit bestimmten Aufgaben,
 - d. die Wahl von zwei Kassenrevisoren, die nicht Mitglied des Leitungsgremiums sein dürfen,
 - e. die Wahl der Delegierten zum Diözesantrag gemäß der Wahlordnung des Diözesanverbandes,
 - f. die Beschlussfassung über die Einrichtung und die Richtlinien von Arbeitskreisen, Arbeitsgemeinschaften und Ausschüssen auf Kreisverbandsebene,
 - g. die Beschlussfassung über Anträge und Stellungnahmen.Sollte kein Kreisvorstand gewählt werden können, kann die Versammlung beschließen, ein Leitungsteam einzurichten, dessen Mitgliederzahl festzulegen und dessen Wahl durchzuführen.
3. Der Kreisverbandstag findet in der Regel alle vier Jahre statt. Die Einladung erfolgt wenigstens sechs Wochen vorher in Textform durch einfachen Brief oder elektronisch per E-Mail an die letztbekannte Anschrift oder E-Mail-Adresse mit Angabe von Tagesordnung und Tagungsort durch die Leitung des Kreisverbandes.

Ein außerordentlicher Kreisverbandstag ist innerhalb von sechs Wochen einzuberufen, wenn mindestens ein Drittel der Ortsverbände oder der Diözesanvorstand dies beantragt. Jeder ordnungsgemäß einberufene Kreisverbandstag ist beschlussfähig.
4. Anträge zum Kreisverbandstag können die Organe des Kreisverbandes, der Ortsverbände und der korporativen Mitglieder stellen. Die schriftlich begründeten Anträge müssen drei Wochen vorher bei der Leitung des Kreisverbandes vorliegen. Eine Woche vorher werden sie an die Delegierten versandt. Fristgerecht eingegangene Anträge sind zu behandeln.
5. Die Leitung der Versammlung wird durch die Leitung des Kreisverbandes gewährleistet. Wahlen und Beschlüsse sind dem KAB Diözesanverband umgehend schriftlich mitzuteilen.

§ 21 Der Kreisverbandsausschuss

1. Der Kreisverbandsausschuss besteht aus:
 - a. allen männlichen und weiblichen Ortsvorsitzenden, den Ortspräses, bzw. den geistlichen Begleiterinnen oder Begleitern im Kreisverband. Eine Vertretung ist möglich. Wird ein Ortsverband von einem Leitungsteam geleitet, entsendet dieses drei seiner Mitglieder,
 - b. der Leitung des Kreisverbandes,
 - c. je einer Vertreterin bzw. einem Vertreter der zielgruppenspezifischen Arbeitsgemeinschaften auf Kreisebene, die von diesen gewählt sind (z. B. Senioren),
 - d. den verantwortlichen Leiterinnen/Leitern der inhaltlichen Arbeitskreise und Ausschüsse (z. B. Aktionskreise, Familien),
 - e. Personen, die für bestimmte Aufgaben vom Kreisverbandsausschuss benannt sind,

- f. je eine Vertretung von CAJ und ACLI,
 - g. dem zuständigen Betriebsseelsorger/der Betriebsseelsorgerin,
 - h. der Vertretung korporativer Mitglieder (wird vertraglich geregelt).
2. Die Aufgaben des Kreisverbandsausschusses sind:
 - a. Beschlussfassung über Arbeitsschwerpunkte im Kreisverband,
 - b. die Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreisen, sowie die Benennung von Personen für bestimmte Aufgaben,
 - c. Beschlussfassung über Anträge und Stellungnahmen,
 - d. in den Jahren, in denen kein Kreisverbandstag stattfindet, nimmt der Kreisverbandsausschuss dessen Aufgaben wahr.
 3. Der Kreisverbandsausschuss tritt in den Jahren, in denen kein Kreisverbandstag stattfindet, mindestens zweimal auf Einladung der Leitung des Kreisverbandes zusammen. Die Einladung erfolgt spätestens vier Wochen vorher unter Angabe von Tagesordnung und Tagungsort. Eine außerordentliche Sitzung des Kreisverbandsausschusses muss innerhalb von sechs Wochen einberufen werden, wenn mindestens ein Drittel der Ortsverbände oder der Diözesanvorstand dies unter Angabe der Gründe schriftlich beantragt.
 4. Anträge zum Kreisverbandsausschuss können alle Organe des Kreisverbandes, der Ortsverbände und der korporativen Mitglieder stellen.

§ 22 Kreisvorstand

1. Die Leitung des Kreisverbandes übernimmt entweder (a) der Kreisvorstand oder (b) ein Leitungsteam auf Kreisverbandsebene.
 - a. Der Kreisvorstand**
 - (1) Der Kreisvorstand besteht aus:
 - a. der Kreisvorsitzenden,
 - b. dem Kreisvorsitzenden,
 - c. dem Kreispräses oder der geistlichen Begleiterin bzw. dem geistlichen Begleiter,
 - d. deren Stellvertretern,
 - e. dem/r Kreiskassier/in,
 - f. dem/r Kreisschriftführer/in,
 - g. der/m zuständigen KAB-Hauptamtlichen.
 - (2) Der Kreisvorstand ist bevollmächtigt, den Kreisverband außergerichtlich zu vertreten, soweit es sich um Rechtsgeschäfte auf Kreisebene handelt.
 - (3) An allen Organsitzungen der Ortsverbände kann ein Mitglied des Kreisvorstands beratend teilnehmen.
 - b. Leitungsteam auf Kreisverbandsebene**
 - (1) Die Aufgaben des Kreisvorstandes können auch von einem Leitungsteam, bestehend aus mindestens drei ehrenamtlichen Mitgliedern, der/dem zuständigen KAB-Sekretärin/Sekretärs und dem Präses bzw. einer/einem geistlichen Begleiter, wahrgenommen werden.
 - (2) Das Leitungsteam beschließt die Verteilung der Aufgaben, insbesondere die außergerichtliche Vertretung, auf seine Mitglieder. Zwei Mitglieder des Leitungsteams sind gemeinsam bevollmächtigt, den Kreisverband außergerichtlich zu vertreten, soweit es sich um Rechtsgeschäfte auf Kreisverbandsebene handelt.
1. Wahlverfahren und Arbeitsweise
 - a. Die Mitglieder werden in der Regel auf die Dauer von vier Jahren gewählt und bleiben bis zum Ende der Versammlung, bei der eine Neuwahl stattfindet, im Amt. Etwaige Nachwahlen für den Rest der Amtszeit erfolgen auf dem Kreisverbandsausschuss. Es können nur Mitglieder nach § 5 Absatz 1 und 2 gewählt werden.
 - b. Das Leitungsgremium trifft sich in regelmäßigen Abständen. Eine Einberufung der Sitzungen erfolgt mit einer Frist von sieben Tagen. Es muss innerhalb von 14 Tagen zusammentreten,

wenn ein Drittel der Mitglieder des Leitungsteams oder eine andere Verbandsebene dies unter Angabe von Gründen schriftlich verlangen.

2. Aufgaben des Leitungsgremiums
Der Leitung des Kreisverbands obliegt
 - a. die Beschlussfassung über alle Angelegenheiten, die in der Verantwortung des Kreisverbandes liegen,
 - b. die Stellungnahme zu aktuellen Fragen,
 - c. die Koordinierung von Aktionen und Bildungsarbeit,
 - d. der Kontakt zu den weiteren Ebenen des Verbandes,
 - e. die Herstellung und Pflege von Verbindung zu anderen Organisationen.

Diözesanverband

§ 23 Mitglieder und Organe

1. Der Diözesanverband umfasst das Gebiet der Diözese Augsburg.
2. Seine Organe sind:
 - a. der Diözesantag,
 - b. der Diözesanausschuss,
 - c. der Diözesanvorstand.
3. Einladungen zu den Sitzungen der Organe erfolgen in Textform durch einfachen Brief oder elektronisch per E-Mail an die letztbekannte Anschrift oder E-Mail-Adresse unter Angabe der Tagesordnung. Jede ordnungsgemäß einberufene Sitzung ist beschlussfähig.
Die Versammlungen von Organen finden in der Regel mit persönlicher Anwesenheit statt. Sie können ganz oder teilweise virtuell (d. h. mit Kommunikationsmedien, wie z. B. Videokonferenz, Telefonkonferenz, o. ä.) durchgeführt werden. Die Form der Versammlung und die Zugangswege bei virtuellen Sitzungen sind mit der Einladung mitzuteilen.
4. Beschlüsse können mit geeigneten Instrumenten auch auf digitalem Weg gefasst werden.
5. Zudem können Beschlüsse auch außerhalb einer Versammlung gefasst werden, wenn sich mindestens zwei Drittel der stimmberechtigten Mitglieder an der Abstimmung in analoger oder digitaler Textform bis zum gesetzten Termin beteiligen (Abstimmung in Textform).

§ 24 Der Diözesantag

1. Der Diözesantag ist die Mitgliederversammlung und das oberste Organ des Diözesanverbandes. Er wird als Delegiertenversammlung durchgeführt und findet in der Regel alle vier Jahre statt.
Er wird vom Diözesanvorstand in Textform durch einfachen Brief oder elektronisch per E-Mail an die letztbekannte Anschrift oder E-Mail-Adresse mit einer Frist von drei Monaten unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Die Einberufung ist rechtzeitig erfolgt, wenn die Einberufung mit Tagesordnung mindestens drei Monate vor dem Tag der Versammlung an die Mitglieder abgesandt worden ist.
2. Er besteht aus dem Diözesanausschuss, den Delegierten der Kreisverbände und einer Vertretung des Bundesvorstandes (mit beratender Stimme). Die Anzahl der Delegierten legt die Wahlordnung fest. Die Delegierten müssen spätestens sechs Wochen vor dem Diözesantag schriftlich dem Diözesanvorstand gemeldet werden.
3. Aufgaben des Diözesantages sind:
 - a. die Entgegennahme des Rechenschafts-, Kassen- und Revisionsberichtes und die Entlastung der Kassiererin bzw. des Kassiers und des Diözesanvorstandes,
 - b. die Beratung und Verabschiedung der grundsätzlichen programmatischen Ausrichtung des Verbandes und der inhaltlichen Schwerpunktsetzung,
 - c. die Wahl der Diözesanvorsitzenden und ihrer Stellvertreterinnen,
 - d. die Wahl des Diözesanvorsitzenden und seiner Stellvertreter,

- e. die Wahl der geistlichen Leiterin und ihrer Stellvertreterin sowie die Wahl des geistlichen Leiters und seines Stellvertreters. Die geistliche Leiterin und der geistliche Leiter werden nach erfolgter erster Wahl vom Ortsordinarius nach can. 324 § 2 CIC bestätigt,
 - f. die Wahl der Diözesankassiererin/des Diözesankassiers,
 - g. die Wahl der Diözesanschriftführerin/des Diözesanschriftführers,
 - h. die Wahl von zwei Kassenrevisoren, die nicht dem Diözesanvorstand angehören dürfen,
 - i. die Beschlussfassung über Anträge und Stellungnahmen,
 - j. die Festlegung der Beitragshöhe im Rahmen der Beitragsordnung,
 - k. die Beschlussfassung über eine Wahlordnung, welche die Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten für den Kreisverbandstag, den Diözesantag und die Bundesdelegiertenversammlung regelt,
 - l. die Wahl der Delegierten zum Bundesausschuss,
 - m. die Beschlussfassung über die Änderung der Satzung,
 - n. die Beschlussfassung über die Auflösung oder die Verschmelzung des Diözesanverbandes.
1. Ein außerordentlicher Diözesantag ist innerhalb von drei Monaten einzuberufen, wenn mindestens ein Drittel der Mitglieder, der Basisgruppen oder der Kreisverbände dies beantragt.
 2. Anträge zum Diözesantag können stellen:
 - a. die Organe der Orts- und Kreisverbände,
 - b. die Organe des Diözesanverbandes,
 - c. die Diözesanleitung der CAJ,
 - d. die Diözesanleitung der ACLI.

Das Antragsrecht weiterer korporativer Mitglieder wird vertraglich geregelt.

3. Die schriftlich begründeten Anträge müssen mit einer Frist von zwei Monaten vor dem Diözesantag beim geschäftsführenden Diözesanvorstand vorliegen. Fristgemäße Anträge werden einen Monat vor dem Diözesantag an die Delegierten versandt. Sie sind zu behandeln. Anträge, die nicht die Themen „Abwahl des Diözesanvorstandes“, „Auflösung der KAB“ oder Satzungsänderungen behandeln, können auf den Diözesanausschuss verschoben werden.
4. Initiativanträge sind zulässig, wenn sie ein aktuelles Anliegen verfolgen und von mindestens zwanzig Prozent der Mitglieder des Diözesantages unterstützt werden. Über ihre Aufnahme in die Tagesordnung entscheidet der Diözesantag. Initiativanträge über eine Abwahl des Diözesanvorstandes, Satzungsänderungen oder die Auflösung der KAB sind nicht zulässig.
5. Anträge zu einem außerordentlichen Diözesantag können mit einer Frist von einem Monat gestellt werden. Fristgemäße Anträge werden zwei Wochen vor dem Diözesantag den Delegierten zugestellt.
6. Die Sitzungsleitung des Diözesantages wird vom Diözesanausschuss vorgeschlagen und vom Diözesantag gewählt.
Näheres zur Beschlussfassung des Diözesantages wird in einer Geschäftsordnung geregelt.

§ 25 Der Diözesanausschuss

1. Der Diözesanausschuss besteht aus:
 - a. dem Diözesanvorstand,
 - b. je zwei Delegierten der Leitungen der Kreisverbände,
 - c. der Diözesankassiererin/dem Diözesankassier,
 - d. der Diözesanschriftführerin/dem Diözesanschriftführer,
 - e. je einer Vertretung der diözesanen Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreise und Ausschüsse sowie der zeitlich befristeten Projektgruppen (Stimmrecht nur bei KAB-Mitgliedschaft),
 - f. je einer Vertretung der Diözesanleitung von CAJ und ACLI. Die Auswahl dieser Personen obliegt dem jeweiligen Leitungsgremium.

An den Sitzungen nehmen *zusätzlich* mit Stimmrecht teil:

- a. je eine Vertretung der KAB-Sekretariate (KAB-Sekretäre/KAB-Sekretärinnen),
 - b. die hauptamtlichen Fachreferenten/-innen sowie
 - c. je eine Vertretung der Betriebsseelsorge aus den bestehenden Büros.
2. Aufgaben des Diözesanausschusses sind:

- a. die Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten für die Bundesdelegiertenversammlung,
- b. der Vorschlag der Kandidaten für das Amt der geistlichen Leiterin und des geistlichen Leiters und der Kandidaten für die Ämter der stellvertretenden geistlichen Leiterin und des stellvertretenden geistlichen Leiters im Einvernehmen mit der Bistumsleitung,
- c. die Festlegung des Arbeitsschwerpunktes im Diözesanverband,
- d. den Austausch über die Arbeit im Diözesanverband,
- e. die Beschlussfassung über Anträge und Stellungnahmen,
- f. die Nach- oder Abwahl von Mitgliedern des Diözesanvorstandes,
- g. die Einrichtung von diözesanen Arbeitskreisen und Ausschüssen,
- h. die Entscheidung über eigene Einrichtungen und Beteiligungen des KAB Diözesanverbandes,
- i. die Beschlussfassung über Mitgliedschaften und Beteiligungen des KAB Diözesanverbandes in anderen Organisationen und Bündnissen.

In den Jahren, in denen kein Diözesantag stattfindet, nimmt der Diözesanausschuss dessen Aufgaben wahr. Ausgenommen sind Beschlüsse über die Änderung der Satzung.

3. Der Diözesanausschuss tritt in den Jahren, in denen kein Diözesantag stattfindet, mindestens einmal zusammen.

Der Diözesanvorstand lädt dazu in Textform durch einfachen Brief oder elektronisch per E-Mail mindestens vier Wochen vorher unter Angabe von Tagesordnung und Tagungsort ein. Die Einberufung ist rechtzeitig erfolgt, wenn die Einberufung mit Tagesordnung mindestens vier Wochen vor dem Tag der Versammlung an die Mitglieder abgesandt worden ist.

Er muss innerhalb von sechs Wochen einberufen werden, wenn dies der Diözesanvorstand oder mindestens ein Drittel der Kreisvorstände unter Angabe von Gründen schriftlich beantragt.

4. Anträge zur Tagung des Diözesanausschusses können stellen:
 - a. die Organe des Diözesanverbandes,
 - b. die Organe der Kreisverbände,
 - c. die Diözesanleitung der CAJ,
 - d. die Diözesanleitung der ACLI,
 - e. diözesane Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise,
 - f. das Antragsrecht weiterer korporativer Mitglieder wird vertraglich geregelt.
5. Die schriftlich begründeten Anträge müssen drei Wochen vor der Sitzung beim geschäftsführenden Diözesanvorstand vorliegen. Eine Woche vor dem Tagungsdatum werden sie an die Mitglieder des Diözesanausschusses versandt. Fristgerecht eingereichte Anträge sind zu beraten.
6. Initiativanträge zu aktuellen Anliegen können beraten werden, wenn der Diözesanausschuss der Aufnahme in die Tagesordnung mit einem Drittel der anwesenden Mitglieder zustimmt.

§ 26 Der Diözesanvorstand

1. Der Diözesanvorstand besteht aus:
 - a. der Diözesanvorsitzenden,
 - b. zwei stellv. Diözesanvorsitzenden (Frauen),
 - c. dem Diözesanvorsitzenden,
 - d. zwei stellv. Diözesanvorsitzenden (Männer),
 - e. der geistlichen Leiterin und dem geistlichen Leiter,
 - f. der stellv. geistlichen Leiterin und dem stellv. geistlichen Leiter,
 - g. der/dem geschäftsführenden Diözesansekretärin/Diözesansekretär,
 - h. der Diözesansekretärin bzw. dem Diözesansekretär,

Die ehrenamtlichen Mitglieder des Diözesanvorstandes sollen der katholischen Kirche angehören.
2. Der Diözesanvorstand wird in der Regel auf die Dauer von vier Jahren gewählt. Während der Wahlperiode erfolgen Nachwahlen für den Rest der Amtszeit durch den Diözesanausschuss. Die Amtszeit beginnt mit dem Ende des Diözesantages, in dem gewählt wurde. Sie endet mit dem Ende des nächsten ordentlichen Diözesantages.
Das Übrige regelt die Wahlordnung.

3. Dem Diözesanvorstand obliegt:
 - a. die Beschlussfassung über alle Angelegenheiten, die nach dieser Satzung nicht anderen Organen zur Entscheidung zugewiesen sind,
 - b. die Stellungnahme zu aktuellen Fragen.
4. Der Diözesanvorstand ist zuständig für:
 - a. den Vorschlag zur Anstellung der hauptamtlichen Sekretärinnen und Sekretäre, der Fachreferentinnen und Fachreferenten sowie der geistlichen Begleiterin auf Diözesanebene,
 - b. die Aufstellung von Richtlinien für die diözesanen Arbeitskreise.
5. Der Diözesanvorstand kann sich eine Geschäftsordnung zur Regelung der Arbeitsweise geben.
6. An allen Sitzungen der Organe der Orts- und Kreisverbände kann ein Mitglied des Diözesanvorstandes beratend teilnehmen.
7. Der Diözesanvorstand ist gegenüber dem Diözesanausschuss berichtspflichtig.

§ 27 Der geschäftsführende Diözesanvorstand

1. Der geschäftsführende Diözesanvorstand besteht aus dem Diözesanvorsitzenden, der Diözesanvorsitzenden sowie der geistlichen Leiterin und dem geistlichen Leiter. Er bildet den Vorstand des Vereins im Sinne des § 26 BGB.
2. Er vertritt den Diözesanverband gerichtlich und außergerichtlich. Jeweils zwei Mitglieder sind gemeinschaftlich zur Vertretung berechtigt.
3. Der geschäftsführende Diözesanvorstand führt die laufenden Geschäfte gemäß der Satzung und den Beschlüssen der Organe des Diözesanverbandes. Die geschäftsführende Sekretärin/der Sekretär nimmt an den Sitzungen des geschäftsführenden Diözesanvorstandes mit Stimmrecht teil.
4. Der geschäftsführende Diözesanvorstand kann zu seiner Unterstützung dritte Personen mit der Wahrnehmung bestimmter Aufgaben beauftragen.
5. Ehrenamtliche Mitglieder des geschäftsführenden Diözesanvorstandes können für die Tätigkeit eine Aufwandsentschädigung erhalten.

§ 28 Beschlussfähigkeit und Beschlüsse

1. Organe sind mit Ausnahme des Beschlusses über die Auflösung des Diözesanverbandes beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß eingeladen wurde. Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Enthaltungen werden nicht gezählt. Bei Stimmgleichheit ist ein Antrag abgelehnt.
2. Im Diözesanvorstand ist die Beschlussfähigkeit an die Mehrheit der ehrenamtlichen Mitglieder gebunden.
3. Satzungsänderungen bedürfen der Zustimmung von zwei Drittel der anwesenden Delegierten.

§ 29 Niederschriften

Über alle Organsitzungen werden Niederschriften gefertigt, die jeweils von einem Vorstandsmitglied und dem Schriftführer zu unterzeichnen sind.

§ 30 Kirchliche Aufsicht

1. Änderungen der Satzung bedürfen stets der Zustimmung der kirchlichen Aufsicht.
2. Die kirchliche Aufsicht hat darüber zu wachen, dass das Vermögen zu den Vereinszwecken verwendet wird und die Verwaltung und Verwendung jeglicher Zuwendungen unter Lebenden und von Todes wegen bestimmungsgemäß erfolgt. Zu diesem Zweck werden Jahresrechnung und Jahresabschluss bei der Beantragung des Zuschussbedarfs eingereicht.
3. Die Auflösung des Verbandes kann das zuständige Organ nach Maßgabe der Satzung unter Mitwirkung der zuständigen kirchlichen Autorität beschließen.
4. Der Verein wendet die „Grundordnung des kirchlichen Dienstes“, die „Ordnung für den Umgang mit sexuellem Missbrauch Minderjähriger und schutz- oder hilfebedürftiger Erwachsener durch Kleriker und sonstige Beschäftigte im kirchlichen Dienst“ sowie die „Rahmenordnung –

Prävention gegen sexualisierte Gewalt an Minderjährigen und schutz- oder hilfebedürftigen Erwachsenen im Bereich der Deutschen Bischofskonferenz“ in ihrer jeweils geltenden Fassung an.

§ 31 Auflösung

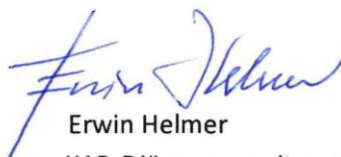
1. Über die Auflösung des Verbandes entscheidet ein Diözesanrat, bei dem mindestens drei Viertel der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sein müssen. Wird diese Zahl nicht erreicht, muss innerhalb von drei Monaten ein weiterer Diözesanrat ordnungsgemäß einberufen werden. Dieser ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.
2. Die Auflösung muss in beiden Fällen mit vier Fünftel Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen werden.
3. Bei Auflösung des Verbandes fällt das Vermögen an die gemeinnützige Hans-und-Anna-Adlhoch-Stiftung in Augsburg, die es für steuerbegünstigte Zwecke im Sinne von § 3 der Satzung zu verwenden hat.

§ 32 Wahlordnung

1. Der Diözesanverband gibt sich eine Wahlordnung, die vom Diözesanrat verabschiedet wird.
2. Es gelten folgende Delegiertenzahlen:
 - a. Die Zahl der Delegierten des Ortsverbandes für den Kreisverbandstag beträgt zwei Delegierte je angefangene fünfzig Mitglieder.
 - b. Die Zahl der Delegierten des Kreisverbandes für den Diözesanrat beträgt einen Delegierten je angefangene fünfzig Mitglieder.



Brigitte Mörz
KAB-Diözesanvorsitzende



Erwin Helmer
KAB-Diözesanvorsitzender

Änderungsvollmacht:

Hiermit wird die Diözesanverbandsleitung ermächtigt, weitere Änderungen der Satzungsänderungen, die durch vom Registergericht festgestellte Eintragungshindernisse nötig werden, eigenständig vornehmen zu dürfen. Dabei hat sich die Diözesanverbandsleitung an den mutmaßlichen Willen der Mitglieder zu halten.